

## Anfragen zum Plenum in der 23. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Suchtpräventionsprogramme und -initiativen in Bayern sind insbesondere auf potentielle Crystal Meth-Konsumenten ausgelegt, wer sind die Träger und inwieweit werden diese Programme und Initiativen seitens des Freistaates Bayern (mit)finanziert bzw. gefördert?

**Hubert Aiwanger**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem sich in letzter Zeit in Bayern Unfälle und Gefahrensituationen durch Straßenschäden während Hitzeperioden, oftmals auf Bundesstraßen und Autobahnen, mehren, frage ich die Staatsregierung, auf welche Ursache führt sie diese Straßenschäden zurück, gibt es aufgrund der Ursachenanalyse Vorhersagen darüber, welche Straßenabschnitte besonders gefährdet sind (bitte aufzählen) und was unternimmt die Staatsregierung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen, um den Gefahrensituationen vorzubeugen?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass Staatsministerin Christine Haderthauer während ihrer Amtszeit für die Firma SAPOR Modellbau Ingolstadt als Adressatin, Kontoinhaberin (bevollmächtigt) und Domain-Inhaberin fungierte?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Staatsministerin Christine Haderthauer im Jahre 2013 persönlich im Bezirkskrankenhaus Straubing angerufen hatte, um den Sachverhalt mit dem Sicherungsverwahrten S. zu thematisieren?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.  
Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Einsatztermin des geplanten Rettungshubschraubers für Westmittelfranken und Nordschwaben mehrmals auf unbestimmte Zeit verschoben wurde und die Öffentlichkeit bis heute nicht vollständig über den aktuellen Sachstand informiert ist, frage ich die Staatsregierung, wann das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr sich endgültig erklärt und die Zustimmung bzw. Genehmigung erteilt, wann der Rettungshubschrauber betriebsbereit ist und endgültig seinen Dienst aufnimmt?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr bzw. den sieben Regierungsbezirken Anträge vom Bayerischen Roten Kreuz (BRK) oder anderen Wohlfahrtsverbänden auf Neueinrichtung bzw. Neubau von Schulen für die Ausbildung von Notfallsanitätern

bzw. Rettungsassistenten vor, gedenkt die Staatsregierung, diese finanziell zu fördern und will die Staatsregierung die privaten Schulen, die bislang diese Ausbildung zum Großteil geleistet haben, schützen?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es eine Rechtsgrundlage (ggf. bitte die Bezeichnung angeben), die die Staatsregierung, das zuständige Landratsamt oder eine andere Behörde des Freistaats dazu ermächtigt, die rechtmäßig nach Bundes- und Landesgesetz (§ 29 Abs. 1, § 22 Abs. 2 Satz 1, § 32 Abs. 2 und 3 des Bundesnaturschutzgesetzes – BNatSchG – sowie Art. 12 Abs. 1 Satz 1, Art. 51 Abs. 1 Nr. 4 und Art. 43 Abs. 2 Nr. 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes – BayNatSchG) erlassene Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil „Der Hohe Buchene Wald im Ebracher Forst“ des Landratsamtes Bamberg aufzuheben bzw. außer Vollzug zu setzen, ist bei der Aufhebung bzw. Außervollzugsetzung die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung anerkannter Naturschutzvereinigungen berücksichtigt worden (ggf. bitte die Art und Weise angeben) und wie ist das gesamte Vorgehen mit den bundes- und landesgesetzlichen Naturschutzregelungen in Einklang zu bringen?

**Kerstin Celina**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Ankäufe von Grundstücken an der Saale und anderen Flüssen durch die zuständigen Wasserwirtschaftsämter beurteilt, ob dadurch bereits eine signifikante gewässerökologische Verbesserung eingetreten ist und ob sie es für problematisch hält, dass durch die Agrarsubventionen der EU die Wasserwirtschaftsämter hier die angrenzenden Landwirte in Bedrängnis bringen?

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem die Thematik in den letzten Wochen mehrfach in Veranstaltungen angesprochen und sogar im Bayerischen Fernsehen ausführlich behandelt wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Konzepte bzw. Vorschläge – unabhängig vom Ausbau der A 7 und der Bundesstraße (B) 26neu – sie zur Lösung dieser Verkehrsprobleme in den betreffenden Gemeinden in punkto Verkehrsberuhigung und -reduzierung hat, ob sie eine entsprechende Machbarkeitsstudie befürwortet, die der Kreistag von Würzburg auch für unbedingt notwendig erachtet, und wann der Ausbau der B 19 zwischen Unterpleichfeld und Werneck frühestmöglich in den Bundesverkehrsstraßenplan aufgenommen werden kann?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass der Sicherungsverwahrte S, während der Zeit seiner Sicherungsverwahrung wiederholt im Privatanwesen von Staatsministerin Christine Haderthauer weilte und mit dieser ein Duz-Verhältnis hat bzw. hatte?

**Günther Felbinger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob die in einer aktuellen Analyse des Bildungsforschers Ernst Rösner, deren verwendete Daten vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband bestätigt wurden, prognostizierte Schließung von 163 Mittelschulstandorten in den nächsten fünf Schuljahren von der Staatsregierung bestätigt wird, von welchen prognostizierten Schülerzahlen die Staatsregierung bei der Mittelschule ausgeht (bitte aufschlüsseln nach Regie-

rungsbezirk und je Schuljahr von 2014/2015 bis 2018/2019) und welche der 163 Mittelschulstandorte in den kommenden fünf Schuljahren von einer Schließung bedroht sind (bitte die entsprechenden Standorte angeben)?

**Dr. Linus Förster**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass an Grund- und Mittelschulen mit Kooperationsklassen grundsätzlich ein Teilungsschlüssel von 26 Schülern gilt, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten es für Berufsfachschulen, die teilweise bis zu 26 förderbedürftige Schüler in einer Klasse haben, entgegen der Schulordnung hat, Klassen nicht erst ab 33 Schülern teilen zu können?

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**  
(SPD)

Da die für den 1. Juni 2014 vorgesehenen Beförderungen zu A 9 mit Amtszulage im Polizeibereich aufgrund eines Gerichtsurteils, wonach Mindestaltersgrenzen kein Beförderungskriterium sein dürfen, gestoppt wurden, frage ich die Staatsregierung, bis wann mit entsprechenden neuen Beförderungsrichtlinien zu rechnen ist und wie Nachteile für diejenigen Beamtinnen und Beamten ausgeglichen werden, die zum 1. Juni 2014 zur Beförderung anstanden hätten, jetzt aber nicht befördert werden?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Nachdem bei einem Pressetermin am 23. Januar 2012 am Gertrud-von-le-Fort-Gymnasium Oberstdorf der damalige Staatssekretär für Unterricht und Kultus, Bernd Siblinger, ein Modell zur Flexibilisierung der Qualifikationsphase am Gymnasium vorstellte, bei dem die jungen Leistungssportlerinnen und -sportler die Option haben, die regulär zweijährige Qualifikationsphase bis zum Abitur in drei Jahren zu absolvieren, frage ich die Staatsregierung, wie sieht dieses Modell ganz konkret aus?

**Ulrike Gote**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann genau (bitte Datum angeben) wurde durch Herrn Dr. Hubert Haderthauer gegenüber dem Gewerbeamt der Stadt Ingolstadt das Ausscheiden von Staatsministerin Christine Haderthauer aus der Firma SAPOR Modelltechnik bzw. die Übertragung ihrer Anteile auf ihren Mann gemeldet, hält die Staatsregierung es für rechtens, dass eine derartige Eintragung rückwirkend für mehr als fünf Jahre erfolgt, und trifft es zu, dass die Staatsministerin Christine Haderthauer bis Anfang 2009 als Teilhaberin der Firma SAPOR Modelltechnik beim Gewerbeamt der Stadt Ingolstadt eingetragen war?

**Eva Gottstein**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sie – ergänzend zu meiner Anfrage zum Plenum vom 20. Mai 2014 (Drs. 17/2094) – das Zustandekommen der Sitzordnung im Mittelblock des Finanzempfangs des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder am 12. Mai 2014 in Eichstätt – Oberbürgermeister Andreas Steppberger (FREIE WÄHLER), Landrat Anton Knapp (CSU), MdB Reinhard Brandl (CSU), MdL Tanja Schorer-Dremel (CSU), Staatsminister Dr. Markus Söder (CSU), MdL Mario Westphal (CSU) aus dem Nachbarlandkreis Weißenburg-Gunzenhausen, MdL Karl Straub (CSU) aus dem Nachbarlandkreis Pfaffenhofen/Ilm, MdL Eva Gottstein (FREIE WÄHLER) aus Eichstätt?

**Harald Güller**  
(SPD)

Auf Basis der Entschließung des Bundesrats (BR-Drs. 218/14) zur Sicherung von „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Mittel sind, die derzeit vom Freistaat Bayern für diese Schulwettbewerbe zur Verfügung gestellt werden, wie hierzu die Planungen für die kommenden Schuljahre sind und welche Überlegungen bestehen, Bundesfinale auch in Zukunft zu ermöglichen, falls obige Entschließung beim Bund nicht zum Erfolg führt?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was war der Streitgegenstand eines Zivilrechtsverfahrens im Jahre 2012, beim Amtsgericht Straubing anhängig, zwischen der Firma SAPOR Modellbau und dem Bezirk Niederbayerns bzw. dem Bezirkskrankenhaus Straubing und mit welcher Vereinbarung wurde dieser Streit erledigt?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ist das Gutachten zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms für das Zentrale-Orte-System inzwischen in Auftrag gegeben, wie lautet der genaue Untersuchungsauftrag und bis wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen?

**Dr. Leopold Herz**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche sofortigen Maßnahmen die Deutsche Bahn AG (DB) und die Umweltbehörden gegen die durch eine Reportage des Bayerischen Rundfunks bekannt gewordene wohl jahrzehntelange Verseuchung des Grundwassers mit Arsen und Schwermetallen aus dem Bahnhofsgelände auf der Insel Lindau ergreifen, wie der absolute Schutz der nahegelegenen Trinkwasserentnahmestelle der Stadt Lindau aus dem Bodensee sichergestellt wird und warum das Gutachten der DB, das im Jahr 2009 erstellt wurde, entgegen geltender gesetzlicher Vorgaben erst im Jahr 2013 der Umweltbehörde beim Landratsamt Lindau vorgelegt wurde?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe stehen im Jahr 2014 im Staatshaushalt Mittel und Kofinanzierungsmittel für Bayern aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds zur Verfügung und für welche Projekte und an welche Träger werden diese Mittel vergeben?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen bei der Besetzung der Polizeiinspektionen im Grenzbereich zu Tschechien in der Oberpfalz zieht das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr aufgrund der Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, dass Schleierfahnder nicht sachgerecht im Streifen dienst eingesetzt werden, und aus den bisher gemachten Erfahrungen bei der Umsetzung der Polizeireform?

**Günther Knoblauch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie können die Gemeinden dazu beitragen, dass vermieden wird, dass in Karten von Kartenherstellern (z.B. für Navigationsgeräte) Straßen, Plätze usw. im Gemeindegebiet überhaupt nicht oder nicht richtig eingezeichnet sind – um damit zu verhindern, dass Polizei, Rettungskräfte usw. bei Einsätzen durch solche fehlenden oder falschen Eintragungen fehlgeleitet werden –, woher stammt das Kartenmaterial, das die

Kartenhersteller verwenden und gibt es die Möglichkeit, die Kartenhersteller zu veranlassen, sich mit den Gemeinden – insbesondere vor Updates des Kartenmaterials – in Verbindung zu setzen, damit fehlende Eintragungen oder Falscheintragungen vermieden werden können?

**Dr. Herbert Kränzlein**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist bei dem vom Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, zugesicherten Planfeststellungsverfahren für den dreispurigen Ausbau der S-Bahn S4 bis Eichenau sichergestellt, dass auch für spätere Entwicklungen die Fläche für ein viertes Gleis mitgedacht und mit Plansicherungsmaßnahmen ausgestattet ist, wenn ja, wie sind diese Maßnahmen ausgestattet und wenn nein, warum nicht?

**Ulrich Leiner**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die abgerufenen Fördersummen und wie viele Betriebe in jeweils welchen Regierungsbezirken wurden über die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Erzeugnisse (VuVregio-Richtlinie) gefördert?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz führt sie mit anderen Institutionen und Organisationen durch, welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, Medienkompetenz in Schulen zu vermitteln, wie hoch ist der Anteil des Freistaats Bayern an den Kosten für die einzelnen Maßnahmen?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Bezüglich der Zonierungskonzepte für Windkraft frage ich die Staatsregierung, wann diese Zonierungskonzepte für die Nutzung der Windkraft in Unterfranken endgültig vorliegen, wie diese Konzepte der 10H-Regelung eventuell entgegenstehen und wie die Staatsregierung sicherstellt, dass weiterhin Windkraftprojekte umgesetzt werden können, trotz Zonierungskonzept und 10H-Regelung?

**Verena Osgyan**  
(GRU)

Nachdem am Samstag, den 24. Mai 2014, einer von zwei Bussen der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ 10 km vor Scheinfeld von Kräften des Unterstützungskommandos Bayern (USK) gestoppt und für längere Zeit festgesetzt wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe dem USK vorlagen, die die Sicherheitskräfte dazu veranlassten, einen von zwei Bussen anzuhalten, die im Bus befindlichen Personen zu durchsuchen und die Personen des betreffenden Busses nach Ankunft in Scheinfeld entgegen Absprachen im Bus festzuhalten?

**Kathi Petersen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass Stellen für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) zwar an Berufsschulen, aber nicht an Berufsfachschulen, an denen der Förderbedarf erheblich höher ist, eingerichtet werden können, frage ich die Staatsregierung, wie diese unterschiedliche Praxis begründet wird, wie viele Berufsfachschulen Bedarf an JaS-Stellen angemeldet haben und ob seitens der Staatsregierung diesbezüglich Änderungen geplant sind?

- Hans-Ulrich Pfaffmann**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass Staatsministerin Christine Haderthauer während ihrer Amtszeit einen Zivilrechtsstreit mit Herrn Roger Ponton beim Amtsgericht Ingolstadt als Partei führte und Streitgegenstand dieses Rechtsstreits Beteiligungsverhältnisse an der Firma SAPOR Modellbau waren?
- Prof. Dr. Michael Piazzolo**  
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wie die durch den beschlossenen Nachtragshaushalt mit Aufhebung des kw-Vermerks bei Kapitel 05 21 im Titel 422 01 im Schulsystem verbliebenen 829 Stellen für das kommende Schuljahr 2014/2015 von der Staatsregierung auf die einzelnen Schularten verteilt werden sollen, ob sie für die reguläre Unterrichtsversorgung an den jeweiligen Schularten eingesetzt werden sollen oder ob geplant ist, sie für besondere Aufgaben, wie beispielsweise den Ganztagsausbau oder die Inklusion, zu verwenden (bitte die Verteilung der Stellen aufschlüsseln nach Schulart und Regierungsbezirk)?
- Bernhard Pohl**  
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wann sie das Operationelle Programm für die Förderung gemäß dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ab 2014 bei der Europäischen Kommission eingereicht hat, wie weit der Programm genehmigungsprozess aktuell fortgeschritten ist und bis zu welchem Datum die Staatsregierung nach derzeitigem Kenntnisstand mit einer Programm genehmigung rechnet?
- Doris Rauscher**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen bayerischen Kindertageseinrichtungen sind die Speisepläne – wie in einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung für Deutschland ermittelt – als ungenügend oder mangelhaft einzustufen (bitte in absoluten und relativen Zahlen sowie aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten, Landkreisen und Regierungsbezirken sowie nach Einrichtungsgröße und -art), welche Schritte gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um eine ausgewogene Ernährung und einen gehaltvollen Speiseplan in allen Kindertageseinrichtungen sicherzustellen, und wie viele öffentliche Mittel werden pro Kind pro Mittagessen in bayerischen Kindertageseinrichtungen bereitgestellt (bitte aufgeschlüsselt nach Kommune, Bezirk und Freistaat Bayern)?
- Markus Rinderspacher**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Flächennutzung in Bayern in den letzten zehn Jahren entwickelt (aufgegliedert nach Regierungsbezirken, in Quadratkilometern und in Prozent), wie viele Hektar pro Tag wurden in den Regierungsbezirken täglich durch Verkehrs- und Gebäudeflächen verbaut (aufgegliedert nach Jahren), wie hat sich das Gewerbeflächenangebot in diesem Zeitraum in den Regierungsbezirken entwickelt (aufgegliedert nach Jahren)?
- Bernhard Roos**  
(SPD) Nachdem nach massiven Wasserverlusten wegen Undichtigkeit das E.ON-Pumpspeicherkraftwerk Happurg im Landkreis Nürnberger Land 2011 außer Betrieb genommen und saniert wurde, frage ich die Staatsregierung, wie weit sind die Arbeiten fortgeschritten, ist eine Netzanbindung in Stoßzeiten gegeben und wie sehen die weiteren Pläne des Betreibers E.ON aus?

**Georg Rosenthal**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass auch noch in der 11. Klasse unter bestimmten Voraussetzungen die Kostenfreiheit des Schulwegs gewährt werden kann, die dabei entstandenen Kosten jedoch erst am Ende des Jahres beim Landkreis eingereicht werden können und dies für viele Schülerinnen und Schüler eine starke finanzielle Belastung darstellt, frage ich die Staatsregierung, ob die Möglichkeit besteht, Vorschüsse auf die Fahrgeldabrechnung zu gewähren oder ob andere verwaltungstechnische Spielräume bestehen, um für eine Erleichterung der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu sorgen?

**Gabi Schmidt**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob die für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 zur Bewertung angemeldete Ortsumgehung Lenkersheim aufgrund der hohen Verkehrsbelastung auf der dortigen Bundesstraße (B) 470 besondere Priorität genießt, wie die Staatsregierung dafür sorgen möchte, dass die Ortsumgehung Lenkersheim mit höchster Dringlichkeit in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen wird und wie die Staatsregierung die Chancen dafür sieht, dass die Ortsumgehung Lenkersheim in den kommenden fünf Jahren realisiert wird?

**Helga Schmitt-Bussinger**  
(SPD)

Nachdem der Dienstsitz Nürnberg des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat bereits im Februar 2014 eingeweiht wurde, frage ich die Staatsregierung, ab wann dort mit welcher personellen Ausstattung welche inhaltlichen Themen bearbeitet werden?

**Katharina Schulze**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wieso für die Sicherheitsüberprüfung zum G8-Gipfel in Elmau Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landratsamts Garmisch-Partenkirchen zu privaten Angaben („Wie ist der Name, Anschrift, Tel.Nr. ihres Lebenspartners?“, „Kommen Sie monatlich mit ihrem Geld aus?“, „Zu welchen Geheimdiensten haben oder hatten Sie bereits Kontakt?“, „Welche Schurkenstaaten haben Sie in genau welchem Monat und Jahr bereist?“) befragt werden und welche Behörden (bayerische, deutsche und ausländische) Zugriff auf die erfragten Informationen haben und wie lange diese Antworten vorgehalten werden?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es die Möglichkeit, den Einbau einer automatischen Notstromversorgung, der nach DIN 14092-1 für den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern zwingend vorgeschrieben ist, durch den Freistaat Bayern zusätzlich zum bestehenden Förderprogramm zu fördern und gibt es ferner aufgrund der noch unklaren Versorgungslage durch die Energiewende Pläne, ein Sonderförderprogramm für bestehende Gerätehäuser aufzulegen?

**Gisela Sengl**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent des Dauergrünlandes wurden seit 2005 bis jetzt umgebrochen, ist die 5-Prozent-Schwelle in Bayern inzwischen überschritten und wird die Staatsregierung zum dringend nötigen Schutz des Dauergrünlandes, wie die meisten anderen Bundesländer, schnellstmöglich ein Umbruchverbot erlassen?

**Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)

Nachdem die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, damals Staatssekretärin für Umwelt und Gesundheit, im Funkstreifzug des Bayerischen Rundfunks „Das Geschäft mit der Hoffnung – wie dubiose Vermittler Patienten nach Deutschland schleusen“ vom 14. April 2013 mit der Aussage zitiert ist, das zuständige Ministerium würde noch im Jahr 2013 eine Kontaktstelle für ausländische Patientinnen und Patienten einrichten, frage ich die Staatsregierung, ob dies zwischenzeitlich geschehen ist und wenn ja, wie diese Kontaktstelle ausgestattet ist, wenn nicht, was sind die Gründe und wie sehen die konkreten Planungen derzeit aus?

**Claudia Stamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern der Förderantrag für den Ausbau des Skigebietes Sudelfeld bezüglich der Seilbahnen, Lifte, Beschneiungstechnik, Speicherteich und Nebenanlagen erneut vom Antragsteller seit dem 1. März 2014 jeweils für die einzelnen Posten verändert wurde, welche detaillierten Förderbeträge (bitte die genauen Maßnahmen angeben) im aktuellen Förderantrag beantragt worden sind und bis wann genau seitens der Regierung von Oberbayern mit einem Förderbescheid zu rechnen ist?

**Rosi Steinberger**  
(GRU)

Nachdem das Bundesamt für Strahlenschutz vom 23. Mai bis 1. Juni 2014 erhöhte Strahlenwerte für Radioaktivität im Osten, in der Mitte und Süden der Bundesrepublik Deutschland gemessen hat, frage ich die Staatsregierung, wo in Bayern welche Grenzwerte für Strahlungen wie stark überschritten wurden?

**Reinhold Strobl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit können einzelne Kommunen im Rahmen des von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurfs zur Änderung der Bayerischen Bauordnung in Bezug auf Abstandsflächen von Windkraftanlagen (Drs. 17/2137) noch in Planung befindliche Windkraftanlagen umsetzen bzw. die bisherigen Planungskosten erstattet bekommen, wenn diese den neuen Vorgaben nicht entsprechen?

**Martin Stümpfig**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wer vertritt sie bei der Wirtschaftsministerkonferenz am 4. und 5. Juni 2014 in Berlin, bei der u.a. ein Bericht der Bundesregierung zur weiteren Ausgestaltung der Energiewende einschließlich Netze, Versorgungssicherheit und Kraftwerke, die Sicherheit der Erdgasversorgung – Betrieb der Gasspeicher – sowie die Vorhaltung von Netzanlagen für kritische Infrastrukturen der Stromversorgung auf der Tagesordnung stehen, welche Gründe führten zu dieser Entscheidung und hält es die Staatsregierung für sinnvoll, die in den letzten Wochen und Monaten vertretenen Positionen zur Energiepolitik in dieser Weise in Berlin zu vertreten?

**Dr. Paul Wengert**  
(SPD)

Nachdem nach Informationen des Bayerischen Rundfunks seit Jahrzehnten mit Schadstoffen wie Arsen und Schwermetallen belastetes Grundwasser vom Gelände des Hauptbahnhofs Lindau in den Bodensee fließt, frage ich die Staatsregierung, seit wann ist den bayerischen Behörden diese Belastung bekannt, welche Schritte wurden dagegen unternommen bzw. unterlassen (ggf.

bitte die Gründe angeben) und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um schnellstmöglich die weitere Gefährdung des Bodensees als größtem Trinkwasserspeicher Europas auszuschließen?

**Johanna Werner-Muggendorfer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die Zahl der Selbstanzeigen nach Steuerhinterziehung im Mai 2014, welcher Vergleich ergibt sich mit den Vorjahresmonaten seit 2009, wie hoch sind die geschätzten Steuermehreinnahmen durch die bis jetzt eingegangenen Selbstanzeigen in 2014?

**Jutta Widmann**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerber bzw. Kontingentflüchtlinge haben die Stadt Landshut und der Landkreis Landshut aktuell aufgrund des Königsteiner Schlüssels aufzunehmen (in absoluten Zahlen)?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Grund-, Mittel-, Realschulen und Gymnasien haben sich für das Profil „Inklusive Schule“ für das Schuljahr 2014/2015 beworben?

**Herbert Woerlein**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es korrekt, dass der Freistaat Bayern die 5-Prozent-Schwelle im Bereich des Grünlandumbruchs (Dauergrünland) im Jahr 2014 überschritten hat (Darstellung des Umbruchs in Hektar und Prozent, aufgeschlüsselt nach Landkreis und Regierungsbezirk), wurde der Umbruch bereits an die EU-Kommission gemeldet und welche unmittelbaren Konsequenzen zum Schutz des Grünlands wird die Überschreitung des Umbruchs nach sich ziehen (zu erlassene Rechtsakte, Zeitraum der notwendigen Gesetze bzw. Verordnungen)?

**Isabell Zacharias**  
(SPD)

Nachdem der damalige Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur in der Sitzung vom 13. Oktober 2010 eine Petition mit dem Ziel, Abschlüsse zum Diplom-Ingenieur (FH) mit universitären Diplom- und Masterabschlüssen gleichzusetzen und damit die bestehende Diskriminierung zu beseitigen, der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen hat, frage ich die Staatsregierung, warum bis heute keine Reaktion erfolgt ist und wie die weiteren Planungen aussehen?

**Benno Zierer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sie sich eine weitere Finanzierung der Gebietsbetreuer in Bayern ab 2015 vor, nachdem dann die 50 Prozent-Querfinanzierung dieser Stellen durch den Europäischen Sozialfonds wegfallen und besteht die Absicht, alle diese Stellen in Bayern zu erhalten und ab wann kann mit einer Sicherstellung der Finanzierung für die Gebietsbetreuerstellen gerechnet werden?